



AfD-Fraktion im Kreistag Diepholz
Der Fraktionsvorsitzende

Liebe Parteifreunde,

heute kann ich Euch von einer interessanten Kreistagssitzung am 18.06.2018 mit einem für uns positiven Verlauf berichten. Wir haben uns mit drei Wortbeiträgen eingebracht.

Krankenhäuser: hochwertige Leistungen und zufriedene Mitarbeiter

Die Krankenhäuser werden künftig wieder unter der alleiniger Verantwortung des Landkreises geführt, der bisherige Mehrheitsgesellschafter tritt aus. Offenbar ist nur uns aufgefallen, daß mit dem Entfall der bisherigen Präambel die Formulierung der Ziele entfallen ist. Ich habe deshalb seitens der AfD „Qualitativ hochwertige Pflege- und Gesundheitsdienstleistungen“ und „zufriedenen Mitarbeitern“ als Maßstab deutlich gemacht und insbesondere den Wert der Mitarbeiter, nicht nur der Ärzte, sondern auch der Gesundheits- und Krankenpfleger deutlich gemacht, die ja in engerem Kontakt zu den Patienten stehen. Ich sprach davon das diese Menschen ihrer Arbeit motiviert nachgehen, dann auch weil ein Zusatzlohn darin liegt, anderen Menschen geholfen zu haben. Dieser Zusatzlohn darf ihnen nicht genommen, in dem der Patient zur Nummer in einem eng getakteten Arbeitsablauf gemacht wird. Mir war wichtig, daß vor den zahlreich anwesenden Mitarbeitern nicht nur von der Sorge der Fraktionen um ihren eigenen Einfluß gesprochen wird sondern die Mitarbeiter unsere Wertschätzung spüren.

Zivilcourage belohnen – den Staat nicht aus der Verantwortung entlassen

Der Kreis will künftig Bürger mit einem Preis auszeichnen, die Zivilcourage gezeigt haben, die sich durch ihr Vorgehen gegen Kriminalität, ihre Hilfeleistung bzw. ihr Einschreiten bei Unfällen, sonstigen Schadensereignissen oder Gefahrensituationen beispielhaft hervorgetan haben. Das ist sicher sinnvoll. Mir war es aber ein Herzensanliegen, daraufhinzuweisen, daß in erster Linie der Staat verantwortlich dafür ist, daß die öffentliche Sicherheit gewährleistet wird und auch Bahnhöfe, Bahnen, Plätze und Straßen nicht zu rechtsfreien Räumen werden zu lassen. Den Kontrollverlust der Regierung Merkel

müssen nicht mutige Bürger beheben, sondern eine fähigere Regierung als diese rot-schwarzen Zauberlehrlinge.

Gremienbesetzung

Einen besonderen Spaß hatten wir mit unseren Freunden von der SPD. Die wollten ein Zeichen gegen die AfD setzen. Bei den Neubesetzungen diverser Gremien haben die immer gegen unsere Fraktionsmitglieder gestimmt. Hätten die sich durchgesetzt, hätte das zu skurilen Ergebnissen geführt. Hermann Schröder von FWG hätte im Betriebsausschuß der VHS nicht nur seinen neuen Sitz sondern auch noch sein altes Grundmandat, das ja kein AfD- Vertreter wahrnehmen darf. Soll er dann auf zwei Stühlen Platz nehmen? Dazu ist es dann doch nicht gekommen, die Mehrheit des Kreistages hat bei den Kaspereien der Sozialdemokraten nicht mitgespielt. Das Vorgehen erinnert an den Rohrkrepieler in der ersten Kreistagssitzung, als die SPD uns abstrafen wollte und plötzlich feststellen mußte, daß ihr Handeln vor allem die Linkspartei von mehreren Gremiensitzen befreit hat.

Inklusion: die Schwerbehinderten nicht untergehen lassen!

Wir wissen nicht, ob die SPDler bei ihrem Aufmucken gegen Rechts-Festival zuviel inhaliert haben oder ob die noch aufgeputzt waren von den Märchen einer Bande von Haßpredigern, die sich ausgerechnet immer dann besonders menschenfreundlich finden, wenn sie andere zu diffamieren, ja zu entmenschlichen versuchen. Jedenfalls haben diese Spezialdemokraten bei Gerd Breternitz Rede mit ihren Pöbeleien und Zwischenrufen gewirkt wie eine Horde besoffener Pubertierender. Die haben sich nicht unter Kontrolle.

Als Fraktion haben wir den Antrag der CDU positiv begleitet, die Förderschule Lernen fortzuführen und somit eine echte Wahlfreiheit zu gewährleisten. Gerd hat in einer guten Rede begründet, weshalb wir den Irrweg der Radikalinklusion ablehnen. Besonders hat man sich darüber aufgeregt, daß Gerd einen Vergleich zu den Olympischen Spielen und den Paralympics gezogen hat. Niemand käme auf die Idee, körperlich Behinderte sich mit „Spitzenathleten“ messen zu lassen, meinte er. „Was für ein Gedankengut und was für ein Menschenbild steckt dahinter!“ fragte ein Abgeordneter. „Total grauslig sagte ein Anderer. Und der Landrat fühlte sich plötzlich veranlaßt, wegen Gerds Rede plötzlich gegen den Antrag seiner eigenen Partei zu stimmen.

Hätten die alle bloß einmal nachgedacht. Der Vergleich trifft es. Ja, die Paralympics sind eine (freiwillige) Separation Behinderter Sportler ebenso wie der CDU Antrag im Kreistag

eine Wahlfreiheit ermöglicht. Im Sinne der Radikalinklusion müßte logischerweise beides entfallen. Würde man die selben Ideologen auf die Olympia ansetzen, die für die Radikalinklusion im Bildungssystem antreten, dann gäbe es keine Paralympics mehr sondern Olympia für alle. Kommissionen würden zur nächsten Olympiade drüber streiten, wie die Siegerehrungen umgruppiert werden, wenn man die Einflüsse der Behinderung herausrechnet. Und weil das alles nicht funktioniert, gibt es bei der Folgeolympiade gar keine Siegerehrung mehr. Dabeisein ist schließlich alles. **Und was ist mit den unglaublichen Leistungen Behinderter bei den Paralympics? Die würden im Zuge der radikalinklusive Gleichmacherei untergehen genauso unter wie alle anderen Leistungen auch. Sie werden einfach nicht mehr wahrgenommen.**

In der Bildungspolitik müssen wir gar nicht drüber spekulieren, was wäre wenn die Sozi-Ideologen sich durchsetzen. Wir haben in Bremen ja nun ein bildungspolitisches Biotop, in dem die Ideologen sich über Jahrzehnte austoben konnten und die Inklusion bereits mit dem Schulgesetz 2009 vollzogen wurde. Wenn man ein Bildungssystem hat, was viele Abiturienten mit guten Noten produziert aber kein Wissen, dann fällt ein bißchen mehr Inklusionschaos fast nicht auf. Wie beim Beispiel der entfallenen Paralympics: **die Behinderten gehen unter. Und alle anderen auch.** Das ist echte Gleichheit in bester sozialdemokratischer Tradition. Ganz ehrlich: diesen bildungspolitischen Ideologen mag man weder behinderte noch nichtbehinderte Kinder anvertrauen. Die können nicht lehren sondern nur BELEHREN.

Inklusion braucht kleine Klassengrößen und eine intensive pädagogische Betreuung. Sowas kann man in einem sehr gut funktionierenden Bildungssystem mit viel Geld versuchen. Also alles was Bremen fehlt. Das Gymnasium Horn hat sich 2018 sehr zur Erregung roter Bildungspolitiker geweigert, eine Inklusionsklasse einzurichten. Ein Kommentar dazu aus dem Weser-Kurier:

„Dass sich ein einzelnes Gymnasium dagegen sperrt, eine Inklusionsklasse einzurichten, wird den dortigen Akteuren Ärger eintragen. Rückwärtsgewandt! Unsolidarisch! Diese Vorwürfe aus den Reihen der rot-grünen Koalition sind absehbar. Letztlich aber ist das Signal aus Horn in erster Linie ein Protest gegen den Rigorismus und Dogmatismus, mit dem die Inklusion in Bremen durchgedrückt wird. Für viele behinderte Kinder ist sie ein gangbarer Weg, für andere nicht. In manchen Fällen hat sie zu allseitiger Überforderung geführt – bei den Kindern, ihren Mitschülern

und den Pädagogen. Inklusion muss Grenzen haben. Wenn das die Botschaft aus Horn ist, dann verdient sie Respekt.“¹

Rigorismus und Dogmatismus – eine perfekte Beschreibung auch unserer hiesigen SPD. Die schweben in höheren Ebenen und denken nicht an die Praxis. Sicher ist es gut, wenn Behinderte und Nichtbehinderte viel zusammen sind. Aber könnte es nicht Situationen geben, wo ein verhaltensauffälliger Schüler seine Ruhe vor manchen Reizen braucht. Ist ein Lernbehinderter wirklich glücklich in einer Klasse, in der Atommodelle oder quadratische Gleichungen diskutiert werden? Wäre das Beisammensein in diesem Fall nicht beim Sport und in der Freizeit günstiger?

Wir nähmen den Behinderten ein Menschenrecht hieß es. **Aber wie kann eine zusätzliche Wahlfreiheit ein Menschenrecht nehmen?** Glauben unsere Spezialdemokraten wirklich, sie könnten es besser entscheiden als die Betroffenen mit ihren Eltern? **Welches Menschenbild verbirgt sich eigentlich dahinter?**

Auch lustig: den Begriff „Lernbehinderte“ gäbe es schon seit zwanzig Jahren nicht mehr, tönte ein sozialdemokratischer Abgeordneter. Wirklich nicht? Wagen wir den Blick ins aktuelle Sozialgesetzbuch: Was steht denn da in § 19 SGB III oder in §193 SGB IX Absatz 2? Vielleicht das Unwort? Das hat auch Ministerin Nahles da drin gelassen. Wer es nicht bis zum Gesetzbuch schafft: 41.900 Google- Einträge sind auch aussagekräftig.

Liebe Parteifreunde, wir stehen für ein leistungsorientiertes gegliedertes Schulsystem, welches Wissen und die Lust mehr Erkenntnis vermittelt. Wir unterstützen die Teilhabe behinderter Menschen wo immer es geht, aber wir lassen niemanden in der radikalinklusive Gleichmacherei untergehen. Wir diskutieren auch künftig mit jedem und sind dabei lernbereit. Wir wissen, wir müssen ständig an uns arbeiten, um den Ansprüchen unserer Wähler gerecht zu werden.

Das unterscheidet uns von anderen, die zulange auf den vordersten Plätzen mitbestimmt haben und glauben, zur Schau getragene Empörung befreie von der Pflicht zu Argumenten. Platz drei in den derzeitigen Umfragen zur Bayern-Wahl sollte ein guter Ansatz zur nachhaltigen Perspektivänderung für die SPD sein. AfD wirkt!

1 Jürgen Theiner, Inklusion muss Grenzen haben, Weser Kurier 09.04.2018